

Klaus-Peter Müller zum Konzept der Infrastrukturabgabe:

Zusätzliche Einnahmen wieder in die Verkehrswege investieren!

Berlin, 30. Oktober 2014 – „Das von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt vorgestellte Konzept zur Infrastrukturabgabe sieht auch weiterhin vor, den deutschen Autofahrer nicht zusätzlich zu belasten. Die dadurch generierten Mehreinnahmen müssen unserer Auffassung nach ‘on top’ zu den öffentlichen Mitteln in die Verkehrsinfrastruktur fließen. Das Credo heißt „Zweckbindung“ und „Zusätzlichkeit“ für den Verkehrsetat“, kommentiert **Klaus-Peter Müller**, DVF-Präsidiumsvorsitzender und Vorsitzender des Aufsichtsrates COMMERZBANK AG, die so genannte Pkw-Maut.

Um die deutsche Verkehrsinfrastruktur langfristig für Erhalt, Aus- und Neubau ausreichend zu finanzieren, reichen diese Mehreinnahmen jedoch nicht aus. „Die öffentliche Hand muss sich zu leistungsfähigen Verkehrswegen bekennen und insgesamt den Verkehrshaushalt aufstocken. Genauso wichtig ist aber, dass die knappen Finanzmittel gezielter als bisher mit klaren nationalen Prioritäten investiert werden und sich der Bund über einen Verkehrsinfrastrukturbericht regelmäßig einen Überblick über den Zustand verschafft“, so Müller weiter.

Der neue Bundesverkehrswegeplan 2015 sollte nach Meinung von Müller diese Prioritäten aufgreifen. Der dazu in der Grundkonzeption vorgesehene „Vordringliche Bedarf Plus“, der besonders wichtige Projekte an erste Stelle setzt, sei der richtige Weg.

Der Bund investiert 2014 in seine Verkehrswege 10,46 Milliarden Euro jährlich – im Jahr 2017 sollen es knapp 12 Milliarden Euro sein. Die erforderliche Investitionshöhe in die Bundesverkehrswege beläuft sich tatsächlich auf 15 Milliarden Euro jährlich.

Das **Deutsche Verkehrsforum** ist die einzige verkehrsträgerübergreifende Wirtschaftsvereinigung in Europa. Unsere rund 170 Mitgliedsunternehmen wollen die Verkehrsbedingungen verbessern sowie die Mobilität in Deutschland und Europa sichern.